Debattenbeitrag zum Thema „Soziales“

Budgetgemeinderatssitzung 29. Juni 2017

von KPÖ-Gemeinderätin Uli Taberhofer

Wachsende Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit sind unvereinbar

Bereits seit Jahren haben die Kürzungen über den Finanzausgleich bei gleichzeitiger Übertragung von Mehraufgaben an die Kommunen zu spürbaren Einschränkungen der politischen Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten geführt. Gleichzeitig wurde in den vergangenen Jahren von den politisch Verantwortlichen unserer Stadt zur Lösung der Budgetknappheit die Strategie schrittweiser Auslagerungen und Privatisierung öffentlichen Eigentums umgesetzt, um dadurch hohe Einmalerlöse zur Sanierung des jeweiligen Haushalts zu erzielen. Damit im Zusammenhang sind auch die kontinuierlichen linearen Kürzungen in den einzelnen Ressorts zu sehen, die dazu geführt haben, dass die Leistungsfähigkeit der Stadt immer mehr geschwächt worden ist.

Wie man mit den vorhandenen Mitteln umgeht, ist trotz allem eine Frage der politischen Prioritäten. Im von ÖVP und FPÖ heute zur Beschlussfassung vorgelegten Budget zeigt sich das deutlich. So sind einerseits kontinuierliche Einsparungen auf Kosten der Qualität erforderlicher kommunaler Leistungen geplant und andererseits besorgniserregende Schritte, die Verschlechterungen im sozialen Bereich mit sich bringen werden, zum Beispiel im Bereich Wohnen durch Änderungen bei den Zugangsvoraussetzungen zu Gemeindewohnungen oder auch bei der SozialCard, wo Hürden zum erschwerten Zugang zu Leistungen eingebaut werden.

Als KPÖ treten wir aber immer konsequent dafür ein, dass für alle Menschen in unserer Stadt - auch für zukünftige Generationen - ein gleichberechtigter und verlässlicher Zugang zu wichtigen Leistungen zu erschwinglichen Preisen gegeben sein muss. Diese kontinuierliche und flächendeckende Erbringung der Leistungen muss auch in einer bestimmten Qualität und in ausreichendem Umfang gewährleistet werden. Deshalb gilt es, der auch von der derzeitigen Koalition weitergeführten Strategie, nämlich ausschließlich ausgabenseitig auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung zu sparen, wirkungsvolle Maßnahmen der Umverteilung entgegenzusetzen und vor allem auch einnahmenseitig Überlegungen anzustellen, um Reichtum umverteilen und verstärkt in die

soziale Sicherheit und in die öffentliche Daseinsvorsorge investieren zu können. Denn aus Sicht der KPÖ sind wachsende Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit unvereinbar.

SozialCard ist Armutsprävention

Im Oktober 2012 wurde in Graz die SozialCard eingeführt. Damit wurde eine über viele Jahre von der KPÖ geforderte Maßnahme zur sozialen Unterstützung jener Teile der Bevölkerung realisiert, die aufgrund ihres geringen Einkommens unter wirtschaftlich schwierigen Umständen leben müssen und damit Gefahr laufen, gesellschaftlich isoliert zu werden. Die SozialCard ist somit als wichtige Maßnahme zur Armutsprävention zu sehen, in die Leistungen, wie die ermäßigte Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel im Rahmen der SozialCard Mobilität, der Heizkostenzuschuss, die Schulaktion und die Weihnachtsbeihilfenaktion des Grazer Sozialamtes, die Teilnahme an der „Team Österreich Tafel“ sowie an der Aktion „Hunger auf Kunst und Kultur“ in das Leistungspaket aufgenommen wurden.

Leider ist jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Ausweitung der Leistungen oder des anspruchsberechtigten Personenkreises in Diskussion, sondern im Gegenteil. Leistungen, wie Weihnachtsbeihilfe oder Heizkostenzuschuss, sollen auf Perspektive eingeschränkt und wieder extra beantragt werden müssen. Als zusätzliche Hürde und schließlich auch Begrenzung des Zugangs zum Erhalt einer SozialCard sind ab Beginn des nächsten Jahres Neuregelungen geplant, nämlich einerseits, dass ein Hauptwohnsitz in Graz seit zumindest 12 Monaten statt bisher 6 Monaten gegeben sein muss und andererseits, dass Drittstaatsangehörige erst nach einem rechtmäßigen Aufenthalt von zumindest 5 Jahren in Österreich und davon 12 Monaten mit Hauptwohnsitz in Graz eine SozialCard beantragen können. Der rechtmäßige Aufenthalt von 5 Jahren in Österreich soll als Voraussetzung dann entfallen, wenn ein Nachweis über die Erreichung des Sprachniveaus A2 vorgelegt werden kann und ein Werte/Orientierungskurs absolviert worden ist.

Die Zugangsbedingungen zur SozialCard zu erschweren und Geld und Leistungen den Menschen vorzuenthalten, die an und unter der Armutsgrenze leben und deren gesellschaftliche Teilhabe bereits jetzt immer weniger gegeben ist, ist Sparen auf Kosten der Ärmsten. Es ist die falsche Herangehensweise, um sicherzustellen, dass das Sozialsystem auch künftig finanzierbar sein soll. Für uns als KPÖ ist die finanzielle Absicherung der SozialCard eine wichtige kommunale Aufgabe, die auch künftig gewährleistet

sein muss. Denn die Kommunalpolitik hat die Verpflichtung, zielgerichtete Maßnahmen für mehr soziale Gerechtigkeit in unserer Stadt zu treffen.

Altersarmut entgegenwirken – gesellschaftliche Teilhabe verbessern

In diesem Zusammenhang bedarf es auf Perspektive sicher noch mehr an Unterstützungsformen für Menschen, die an und unter der Armutsgrenze leben.

Das gilt vor allem auch für viele der SeniorInnen in unserer Stadt, da das Risiko, von Altersarmut betroffen zu sein, bereits jetzt gegeben und vor allem kontinuierlich im Steigen begriffen ist. Denn ob Arbeiten für einen niedrigen Lohn, Unterbrechungen in der Erwerbsbiographie oder Krankheit - die Ursachen, im Alter nicht über eine ausreichende Pension zu verfügen und arm zu sein, sind vielfältig. In diesem Zusammenhang sind vor allem auch geschlechtsspezifische Unterschiede hervorzuheben. Die Gründe dafür sind vielfach die, dass Frauen deutlich seltener als Männer in sogenannten Normalarbeitsverhältnissen tätig sind und somit einen höheren Anteil an den sogenannten „working poor“ darstellen. Das heißt, dass sie trotz Erwerbstätigkeit arm sind. So lag **2015** der Anteil von **Frauen** in Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen österreichweit bei **48%**. Demgegenüber lag der Anteil der erwerbstätigen **Männer**, die eine Teilzeitbeschäftigung ausüben, bei **11,2%**. Absolut betrachtet arbeiten somit wesentlich mehr Frauen in Teilzeit als Männer und das nicht immer freiwillig, denn in vielen Bereichen gibt es für Frauen gar keine Vollzeitarbeitsplätze mehr. Besonders bedenklich ist auch, dass vor allem in den untersten Einkommensklassen auch die Stundenlöhne real gesunken sind oder teilweise sogar Kollektivvertragsabschlüsse unter der Inflationsrate erfolgten. Diese prekären Beschäftigungsbedingungen wirken sich in der Folge auch auf die Pension aus, denn in dieser Lebensphase verstärkt sich der existierende Einkommensunterschied zwischen den Geschlechtern noch mehr. Laut einer von der Allianz Versicherung durchgeführten Studie (**2015**) waren zum damaligen Zeitpunkt von Altersarmut „**österreichische Frauen dreimal öfter betroffen als Männer**“. Die durchschnittliche Pension bei **Männern lag 2015 bei 1.378 Euro brutto**, während **Pensionistinnen** dagegen **lediglich 842 Euro brutto im Monat** bekamen.

Die Sicherung der Pensionen auf einem menschenwürdigen Niveau ist eine Entscheidung, die auf anderen politischen Ebenen getroffen werden muss, um Altersarmut wirkungsvoll entgegenwirken zu können und um die derzeitige Tendenz - hin zu mehr Altersarmut – zu stoppen. Aber auch auf kommunalpolitischer Ebene gilt es, Maßnahmen im Interesse älterer Menschen zu entwickeln und zu setzen. Denn es ist eine Tatsache, dass Armut im Alter zu

mangelnder sozialer Teilhabe führt, die Gesundheit gefährdet und zur Vereinsamung beiträgt. So leben gerade in Graz viele ältere Menschen, die sich aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten (z.B. Mieten) und geringen Pensionen auch keinen Urlaub leisten können.

Die Stadt Graz hat sich leider nur einmalig - nämlich im Jahr 2012, auf Antrag der KPÖ - mit einer finanziellen Unterstützung an der Urlaubsaktion für SeniorInnen beteiligt, die je zur Hälfte vom Land Steiermark und den Sozialhilfeverbänden getragen wird. Ziel dieser Maßnahme ist es, dass einkommensschwache SeniorInnen (Vollendung des 60. Lebensjahres; Nettohaushaltseinkommen für allein Lebende weniger als 900,- Euro und für Ehepaare/Lebensgemeinschaften weniger als 1.350,- Euro) zu fünf über den Sommer verteilten Terminen in ausgewählten steirischen Gasthöfen urlauben und sich vom Alltag erholen können. Unterkunft und Mahlzeiten sind für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kostenlos.

Die Aktion hat steiermarkweit bereits Tradition, doch die Stadt Graz unterstützt die Urlaubsaktion für SeniorInnen **als einzige steirische Gemeinde** nicht kontinuierlich.

Schnelle Hilfe für Menschen in Not - Wiedereinrichtung einer Bahnhofsmission

In den 90er Jahren wurde die Bahnhofsmission geschlossen. Das erweist sich jetzt als schwerer Fehler, denn es hat sich mittlerweile verstärkt gezeigt, dass der Bedarf nach einer kostenlosen sozialen Anlaufstelle sehr groß ist. Die vielfältigen Probleme in unserer wachsenden Stadt, insbesondere steigende Arbeitslosenzahlen, Obdachlosigkeit und zunehmende soziale und wirtschaftliche Probleme der Menschen, sind besonders am Bahnhof hautnah spürbar. Somit ist es als wichtige Aufgabe der Stadt zu sehen, wieder eine Bahnhofsmission als niederschwelliges Hilfsangebot für Menschen mit unterschiedlichen Problemlagen einzurichten, für dessen Nutzung keine bestimmten persönlichen Voraussetzungen gegeben sein müssen. So gilt es etwa, für Wohnungslose Übernachtungs- oder Unterbringungsmöglichkeiten sicherzustellen oder Menschen, die mittellos sind, an die zuständigen Ämter der Stadt Graz zu verweisen. Manchmal wäre vielleicht auch nur eine kleine Hilfe in Gestalt einer kompetenten Ansprechperson eine wichtige Unterstützung. Darüber hinaus muss eine Bahnhofsmission einen kostenlosen Ruheraum bzw. auch Toilettenanlagen gewährleisten.

Wenn der politische Wille vorhanden ist, kann sicher auch die Finanzierung zur Wiedereinrichtung einer Bahnhofsmission als ein notwendiges Hilfsangebot in unserer Stadt umgesetzt werden.

Wachsende Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit sind für uns als KPÖ unvereinbar. Nur eine gerechte Verteilung des Reichtums und der Einsatz von mehr finanziellen Mitteln kann eine qualitativ hochwertige öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten und zur sozialen Sicherheit der Menschen in unserer Stadt beitragen.

Unsere Aufgabe als KPÖ sehen wir darin, auch in Zukunft in diesem Haus und – wenn notwendig - auch mit Aktionen außerhalb für mehr Gerechtigkeit und für die Interessen der Benachteiligten in unserer Gesellschaft einzutreten.

Und deshalb ist unser ablehnendes Stimmverhalten beim vorliegenden Budget, das Kürzungen und Einsparungen in wesentlichen Bereichen vorsieht, keine Überraschung, sondern konsequent.

Bedanken möchte ich mich im Namen der KPÖ jedoch bei allen Magistratsbediensteten, die an der Erarbeitung des vorliegenden Voranschlags beteiligt waren.

Besten Dank für die Aufmerksamkeit.